



Drucksache Nr.:
13275-19

Fraktion Alternative für Deutschland • Friedensplatz 1/Rathaus • 44135 Dortmund

An die
Vorsitzende des Ausschusses für Bürgerdienste,
öffentliche Ordnung, Anregungen und Be-
schwerden

Friedensplatz 1 /Rathaus
44122 Dortmund
Andreas Urbanek
Zimmer 416
Telefon: (0231) 50-27160

18.01.2019

Vorschlag zur Tagesordnung

Sitzungsart:	Stellungnahme:	Dringlichkeit:
öffentlich		
Gremium:	Beratertermin:	
Ausschuss für Bürgerdienste, öffentliche Ordnung, Anregungen und Beschwerden	19.02.2019	

Tagesordnungspunkt

Notfallvorsorge bei anhaltendem Stromausfall

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

Deutschland ist ein hochtechnisiertes Land und von einer sicheren Energieversorgung abhängig. Vor allem in Ballungsräumen haben langanhaltende Stromausfälle für deren Bewohner erhebliche Auswirkungen, da mit zunehmender Dauer immer mehr unverzichtbare Kommunikations-, Sicherheits-, Versorgungs- und Entsorgungssysteme ihren Betrieb einstellen müssen. Im August 2018 erschien zu diesem Thema der Artikel „*Europa kann die deutsche Stromversorgung nicht retten.*“ in der WELT. Auch der Focus thematisierte die Auswirkungen der „Energiewende“ in Bezug auf mögliche Engpässe bei der Energieversorgung. Hinsichtlich eines Blackouts heißt es im Artikel¹: „*Aufgrund der nahezu vollständigen Durchdringung der Lebens- und Arbeitswelt mit elektrisch betriebenen Geräten würden sich die Folgen eines langandauernden und großflächigen Stromausfalls zu einer Schadenslage von besonderer Qualität summieren. Betroffen wären alle kritischen Infrastrukturen, und ein Kollaps der gesamten Gesellschaft wäre kaum zu verhindern.*“ Im Arti-

¹ https://www.focus.de/immobilien/praxistipps/stromausfall-das-passiert-bei-einem-blackout_id_7868566.html?fbclid=IwAR0I0IRMB6WnErvTnsCsEv9NcstWv3ITXUB413Dk-SiFzt3GTpISSzQeGmw

kel äußert sich auch Christoph Unger, Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, zu der volatilen Einspeisung durch Wind- und Solarstrom: *"Das Einspeiseverhalten stresst das Gesamtsystem"*, und weiter: *"Dafür ist das Netz nicht gebaut worden."* Grundsätzlich ist das deutsche Stromnetz durch die Energiewende unter Druck geraten. Weil die Erweiterung der Leitungskapazitäten mit dem Ausbautempo der erneuerbaren Energien nicht mithält, müssen immer öfter industrielle Großverbraucher abgeschaltet und Reserveanlagen hochgefahren werden. Bei zunehmender Ausschöpfung von Ersatzkapazitäten steigt die Versagenswahrscheinlichkeit der Stromversorgungsnetze unnachgiebig an.

Zudem führte die Umstellung von der relativ ausfallsicheren analogen Vermittlungstechnik auf die heute zeitgemäße IP-Telefonie zu Verfügbarkeitsproblemen, vor allem im potentiellen Krisenfall.

Die AfD-Fraktion bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie ist die Verwaltung auf einen Stromausfall, der länger als 6 Stunden andauert vorbereitet?
2. Welche Notfallpläne liegen vor und wann wurden diese zuletzt überarbeitet?
3. Bei welchen Ausfall-Zeiträumen greifen welche Pläne?
4. Wie erfolgt die Kommunikation innerhalb der verschiedenen Einsatzkräfte bei einem anhaltenden Stromausfall? Auf welche Dauer sind die Stützzeiten der USVs für die Behörden- und Einsatznetze ausgelegt? Was geschieht bei einem Ausfall dieser Netze?
5. Wie erfolgt die Kommunikation mit der Bevölkerung bei einem andauernden Versorgungsausfall?
6. Wer ist für die Aufstellung und Revision der Notfallpläne verantwortlich?
7. Sind die Notfallpläne für Mandatsträger einsehbar bzw. abrufbar?
8. In welchen Zeitabständen finden Übungen für den Fall eines mehrstündigen Black-outs statt und welche Einsatzkräfte bzw. Behörden nehmen daran teil?
9. Gibt es Notfallpläne für einen großflächigen mehrtägigen Stromausfall?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Peter Bohnhof

f.d.R. Andreas Urbanek